

Berliner Tageblatt

Nr. 132

und Handels-Zeitung

Gesamthausnummer 2000 in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Herr Lefèvre über die angebliche „deutsche Gefahr“

Neue Phantasien

Über deutsche Kriegsvorbereitungen.

Gegen die Abrüstung Frankreichs. — Starker Kammererfolg der Rede Lefèvres. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 18. März.

Die gefröhen Kammereröffnung brachte nicht die erwartete Erklärung des Ministerpräsidenten zu der Militärvorlage, sondern der frühere Kriegsminister André Lefèvre bemängelte die Gelegenheit, eine seiner bekanntesten Reden über die deutsche Gefahr zu halten. Lefèvre erzählte die gleiche Geschichte von Waffenbedeutungen von deutschen Rüstungen und von der heimlichen deutschen Heeresorganisation, die er im „Journal“ wiederholt erzählt hat. Besonders Gewicht legte er auf einen Artikel eines deutschen Erfinders Oswald, der im Jahre 1919 von einer französischen Zeitschrift wiedergegeben ist. Dieser Herr Oswald hat angeblich geschrieben: „Wenn Frankreich nicht freiwillig abzurufen will, dann muß es dazu gezwungen werden.“

Dieser Satz müßte wir Franzosen nicht gegenüber Deutschland festhalten, rief Lefèvre. Seine Erklärungen über die verheerenden Waffen in Deutschland habe sein jetziger Ministerpräsident Delcassé nicht gelten lassen wollen, inwieweit habe sie aber Barthou bestätigt, und nachdem sie Briand erst abgelehnt habe, habe er sie in Washington zur Grundlage seiner Rede gemacht. Frankreich habe ein Recht auf den, was es besitzen habe, verloren, und seine soziale Welt habe sich dahin geändert, daß dieser verlorene Reichtum in wenigen Jahren wiedergewonnen werde. Frankreich allein könne die Reparationslasten nicht tragen, während Deutschland, das reparieren müsse, die einzige große Nation Europas sei, die der Krieg unversehrt gelassen habe, und die fähig sei, zu bezahlen. Über Deutschland wolle nicht sprechen, und die Frage stelle sich für Frankreich, ob es das tun müsse, was es in Deutschland getan hat. Deutschland zum Zuhören zu zwingen, Lefèvre sprach abdam davon, daß in den deutschen Fabriken Waffen verfertigt würden. Die militärischen Dokumente des Arsenals von Spandau habe man unter Siegel gelegt, an anderen Tagen seien sie verschwinden gewesen. In dem Maße, in dem die Deutschen ihre militärische Stärke wiederherstellen, seien die Antworten, die sie erhalten, weniger klar geworden bis zu dem Tage, an dem sie auf alle Fragen, die die Kontrollkommission stellen werde, überhaupt nicht mehr antworten würden. Deutschland könne offen keine schwere Artillerie mehr herstellen, aber das könne im Ausland geschehen. Gewöhnliche Geschütze könnten fabriziert werden, ohne daß jemand es bemerke. Ein befriedigender Typ deutscher Maschinengewehre könne 2000 Kugeln in der Minute abfeuern. Deutschland habe Atomoblastenlaboratorien geschaffen, die sich einen Fuhrpark zu schaffen. Die Mobilisierungsbüros rechneten mit 7 Millionen Mobilisierbaren. Die alten Regimenter hätten ihre Mobilisierungsbüros beibehalten, das seien die Kolonnen. Zweierlei diesmal im Jahre vereinige man sich zu einem festen Heer, und wer nicht an diesem Heer teilnehme, würde dann gefragt, warum er nicht erschienen sei. Jede Kompanie der Reichswehr habe ein Regiment an der Spitze, das die alten Kadetten aufbewahrt, die nur ehemalige Offiziere seien. Die Kontrollkommission habe der deutsche General in kürzester Frist mehr als 100 000 Privatwaffen zur Verfügung gehabt. Die Reichswehr sei ein Charakterheer, dessen Mannschaften ehemalige Interoffiziere seien. General v. Seelb habe es klar ausgesprochen, alle Mannschaften der Reichswehr müßten sich als Infanteristen betrachten. Alle diese Tatsachen beweisen die Notwendigkeit, daß Frankreich eine gewichtige militärische Rüstung besitze. In allen besetzten Ländern sei die Moral besser als bei den Siegern. Deutschland habe sich noch 1870 auf seine Vorrechte ausgerufen, und Frankreich habe 1890 eine bessere militärische Organisation als Deutschland besessen. Ein geschlagenes Volk sei das einzige, das den Krieg wünschen könne. (Der Moro-Glacier hat tagdauert; und trotzdem hat das siegreiche Deutschland den Krieg gewünscht.)

Lefèvre glaubt nicht daran, daß Deutschland freiwillig seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Eines Tages werde der

Reichstagler Witz seine Karten auf den Tisch legen (!) und sagen: „Geld wollt ihr haben? Kommt und holt es euch! Wenn Deutschland geliegt hätte, dann hätte es sich kein Geld schon zu holen gewußt. Man müßte nur hören, was Sudenborff von Frankreich verlangen wollte. Zum folgt die Aufzählung der Forderungen, welche die ganze floridische Rüste und noch einiges mehr in deutschen Besitz bringen wollte. Daß diese Forderungen von einem großen Teil der deutschen Presse, besonders kräftig im „Berliner Tageblatt“ zurückgewiesen und für Wahnsinn erklärt worden sind, erzählt Lefèvre der Kammer nicht. Das könnte der Wirkung seiner Rede schaden. Ihm ist sogar der Kriegsminister Maginot in seinen Forderungen noch nicht weit genug gegangen. Die Dienstzeit von achtzehn Monaten reiche nicht aus. Eine Dienstzeit von zwei Jahren sei absolut notwendig. Man müsse später die achtzehnmönatige Dienstzeit eingeführt werden, aber erst nach einer Uebergangsperiode, in der die Heere der kleinen Entente, besonders Polens, Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ausgebaut werden können. Erst wenn dies geschehen sei, dann wenn auch die französischen eingeborenen Truppen neu organisiert seien (!), werde der Frieden in der Welt geschlossen sein. Denn es gebe nur ein Volk in der Welt, das diesen Frieden stören wolle, und das sei das deutsche. Lefèvre hebt wieder hervor, daß Frankreich kein Heer brauche, um den Weltfrieden zu erhalten, sondern nur ein Heer, das diesen Frieden nicht zum Frieden zwingen werden vor Deutschland eines Tages zum Kriege gezwungen werden.

Die reberliche Leistung André Lefèvres ist nicht unermesslich, seine Anschauungen sind bekannt. Wohl aber war ihre Aufnahme durch die Kammer bemerkenswert. Vor einem Jahre hielt Lefèvre auch einige große Brandreden, und er wurde nur mit Protestrufen von den linken und deutschen Seiten des Abgeordnetensaalens in anderen Teilen des Hauses angehört. Der damalige Ministerpräsident Briand, dem Deutschland während seiner Amtszeit zu danken hat, wies diese Uebertreibungen schärfend und sein fruchtbares Maß mit höchstem Sarkasmus zurück. Gekannt aber hatte Lefèvre einen großen Erfolg. Die Rede konnte nicht mehr, die Hälfte der Deputierten erklärte, daß dieser Rede die Ehre des öffentlichen Ansehens zuteil werden sollte. (!) Diese Ehrung wurde allerdings von Lefèvre abgelehnt. Es bleibt aber doch die Tatsache bestehen, daß sich die Stimmung im Parlament im Laufe dieses Jahres stark geändert hat. Was jetzt Poincaré über die Militärvorlage sagen wird, dürfte sehr interessant sein. Weiter als Lefèvre kann er nicht gehen, aber daß er gleich seinem Vorgänger Briand nicht in den schäumenden nationalistischen Wein gessen wird, ist nicht anzunehmen. Die Welt erfährt jedenfalls durch solche Reden, wie die nationalitätlichen Führer Frankreichs über die Abrüstung Europas denken.

England

für Verminderung der Kontrollkommissionen.

Aufhebung der Kontrolle im Jahre 1923. — Kein Zwang zum Unterhalt der Kommissionen durch Deutschland. — Unverzügliche Aufhebung der Sanktionen in den Ruhrstädten.

London, 18. März. (W. I. B.)

Der stets gut unterrichtete diplomatische Berichtshalter des „Daily Telegraph“ schreibt: Soweit geklärt festgestellt werden konnte, war die britische Regierung noch zu keiner Zeit einig über die von den Vertretern Frankreichs und Jugoslawiens im Besonderen am 17. März in London vorgeschlagenen Kontrollen der deutschen Rüstungen gelangt. Der Berichtserhalter führt fort, soweit er wisse, äußerten sich die letzten Anweisungen, die von London an den englischen Botschafter in Paris, Lord Baring, ergangen seien, für eine Kontrolle durch eine weit weniger zahlreiche internationale Militär- und Aufwachtskommission, als die angestrebte, und zwar bis zu dem Zeitpunkt der Zurückziehung der britischen Truppen vom Aalener Hauptposten im Jahre 1923, wobei die Bedingung gestellt werde, daß Deutschland nicht gezwungen werde, für den Unterhalt der Kommission zu zahlen, und daß die augenblicklichen militärischen Sanktionen in den Ruhrstädten unverzüglich aufgehoben werden.

Daß mit dem Bande besser außerhalb der Regierung als innerhalb derselben dienen könne. Doch auch heute, wo er sicher, daß er in der Lage sein werde, dieses Programm zu unterstützen, in der Zwischenzeit werde er seine konservativen Führer unterstützen, ob sie sich im Kabinett befinden, wie Chamberlain, oder außerhalb wie Walfour, und wenn es bei den Wahlen die konservativen geben, die zu der Ansicht kämen, daß sie das Programm Chamberlain unterstützen könnten, so würde er auch diese unterstützen und ihre Unternehmung begünstigen.

Paris, 18. März.

Gegenüber den offiziellen Darstellungen von einer auf der Belgischer Konferenz zwischen den vier Mächten erreichten vollen Übereinstimmung melden die gut informierten Berliner „Mitte Europa“ als Belgier, daß bezüglich der russischen Frage zwischen den Machtgebern erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während sich Jugoslawien bezüglich dieser Frage der Tschechoslowakei anschließen habe, näherte sich Polen dem rumänischen Standpunkte. Aber auch hier beständen Differenzen. Polen würde die Anerkennung der Sowjetregierung in Genua, weil dadurch der Riger Vertrag internationaler Sanktion erhalte, Rumänien habe dagegen noch keinen Friedensvertrag mit Russland und fürchte, dieses werde bestrafen, auf das es nie verzichtete, für sich beanspruchen. (Siehe auch Seite 2.)

Die Dokumente Jswolffs.

Ein Schwarzbuch.

In dem Artikel „Die Affäre Poincaré“, der am Morgen des 31. Dezember im „Berliner Tageblatt“ erschien, wurde angegeben, daß Herr René Marchand in Moskau damit beschäftigt sei, die in den wichtigsten aufgefundenen diplomatischen Aktenstücke der Kriegszeit zusammenzufassen, und daß eine Veröffentlichung dies erfolgen werde. Der erste Band dieser Dokumentensammlung ist jetzt in Paris, in französischer Sprache, durch die kommunistische Librairie du Travail, Lucie de Jannasch 96, herausgegeben worden, unter das französische Pseudonym Jean, wenn es nicht etwas daraus lernen, was ihm bisher verborgen geblieben ist. Das Buch ist betitelt: „Un livre noir. Diplomatie d'avant-guerre d'après les documents des archives russes“ und bringt im ersten Bande die Berichte Jswolffs vom Januar 1911 bis zum Dezember 1912. Von den im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Dokumenten finden sich in dem Bande die beiden ersten. Die aus dem Dezember 1912 stammen. Der Bericht Jswolffs vom 18. Dezember enthält die bekannten Äußerungen über die Verhältnisse, die Anklagen passives Verhalten gegenüber der russischen Mobilisation bei dem Ministerpräsidenten Poincaré und seinem Kreise hervorgehoben habe. René Marchand hat die eine dieser Berichtstellen folgendermaßen überliefert: „On envisage avec étonnement et avec appréhension que l'on ne cache pas, notre indifférence à l'égard du fait de la mobilisation en Autriche.“ Auch bei Wiedergabe des zweiten Satzes gebraucht er, etwas abweichend von unserer Uebersetzung, das Wort „étonnement“. Im übrigen deckt sich die französische Wiedergabe mit unserer deutschen, und das trifft natürlich auch auf die in diesem Berichte enthaltenen Mitteilungen Jswolffs zu, die sich auf die Verteilung der russischen Subsidien an die französischen Presse beziehen. Diese Verteilung von Bekleidungs- oder Nahrungsgütern an die französischen Zeitungen steht gleichfalls in mehreren anderen, jetzt zum ersten Male erscheinenden Berichten des russischen Botschafters eine große Rolle und schon deshalb kann man voraussetzen, daß die Berliner Presse das „Schwarzbuch“ ganz ebenso mit Schrecken überlegen wird, wie sie die erste, hier vorgenommene Veröffentlichung entgegennehmen hat.

René Marchand erzählt in einer Vorrede, die er vor dem Kriege, als französischer Journalist in Petersburg lebend, im Verkehre mit dem Botschafter zwar manchmal ein vorübergehendes Unbehagen empfunden, aber dann doch 1914, gleich fast allen Franzosen, an die Wahrheit der offiziellen französischen Mitteilung, an die alleinige Schuld Deutschlands geglaubt habe. Als er dann Gelegenheit erhalten habe, die in den Archiven des russischen Außenministeriums bewahrten Dokumente zu studieren, seien seine Zweifel beseitigt worden und er habe mit Verblüffung erkannt, daß der Militarismus der ganzen Welt mit gleicher Schuld belastet, und daß die Politik der Poincaré, Paléologue und anderer ganz und gar nicht die gerühmte Friedenspolitik gewesen sei. Er schildert die letzten „Alkoholische“, die in der französischen Botschaft in Petersburg sich ausbreitete, sobald De Casselle, unter dem Ministerium Poincaré dort als Botschafter zum Ersten abberufenen, durch die Kriegsintriganten verdrängten Botschafters Louis, eingetroffen war. Er schildert, wie der Botschaftssekretär Sabatier d'Espèran den russischen Journalisten systematisch bedrückte, Russland könne die Kontrollen nicht ertragen, diesmal sei alles zu Ende, noch nicht überlassen wollte und, nicht mehr für die Zeitung, sondern für sich selbst, im ersten Augenblicke noch auf Nachrichten ausgegangen war. Herr Paléologue, dieser schone und mobile Diplomat, vollendet der Repräsentant der Schule Metetrachs, immer lächeln nach höflichen, Palästreuevolutionen, ersten politischen Gesprächen in Openlogen, hatte mich am Fuße der Treppe empfangen, mit strahlendem Gesicht und ich die Hände reibend. Ausgezeichnet, ausgezeichnet! Luxemburg ist überfallen; niemand ist die Voraussetzungen besser gewesen.“ Und indem ich die letzte Träne zurückdrängte, die mir damals ins Auge treten wollte, schüttelte ich das Genick ab, daß mich bei dem inneren, unüberwindlichen Gedanken an eine Katastrophe überkam, und ich ernstlich mich zu denken, daß ich ein höherer Franzose wäre, wenn ich nicht verstände, daß tatsächlich die Gelegenheit niemals „besser“ gewesen sei.

Die Berichte des ersten Bandes können das Bild, das die am 31. Dezember hier veröffentlichten Dokumente zeigen, nur ergänzen. Jswolffs Haupt über die Vorfälle und die Inkompetenz der inkompetentesten Botschafter in Frankreich, er erwarnt alles von Poincaré, De Casselle usw. In einem Bericht vom 29. Februar 1912 findet man die hier schon in einem Monatsartikel angelegte Bemerkung — es ist nicht die einzige dieser Art — über die reibbare Giftstoffe Poincarés. Sie lautet: „Herr Poincaré, der sehr vornehme Qualitäten besitzt, ist gleichzeitig ein sehr aufrichtiger selbstbewußter und vermerkt sehr stark alles, was in seinem Augen eine Inkompetenz ist, oder seinen Kritiken gegenüber darstellt.“ Aus diesem Satze erfährt man vielerlei über die Intrigen, die um sein Sturz des Botschafters Louis führten. In einer Scheidung vom 23. Mai 1912 ermahnt Jswolff, nachdem er über seine Operationen in dieser Angelegenheit berichtet hat, den Minister Sazonow, Herrn Louis gegenüber nicht schwach zu werden: „In jedem Falle darf er nicht mehr zu den Inkompetenzen überlassen werden, und das muß er sich gelohnt sein lassen.“ Erwähnen möchten wir heute noch einige Bemerkungen Jswolffs in einem Bericht vom 21. November 1912. Auch in

„Lloyd George geht nach Genua.“

Eine Erklärung von „mehrgedender Seite“.

London, 18. März. (W. I. B.)

Die Gerüchte, nach denen Lloyd George in zwei Wochen zurücktreten werde, werden von maßgebender Seite nachdrücklich für unbegründet erklärt. Es wird betont, Lloyd George gehe nach Genua als britischer Premierminister. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Neuwahlen stattfinden werden, ist nach einer Mitteilung von mehrgedender Seite sehr weniger groß. Es wird angenommen, daß wenn Lloyd George nach der Genuaer Konferenz zurücktrete, eine konservative Regierung gebildet werden würde, die die Befehle bis zum Herbst weiterführen, man mit einem eigenen Programm vor die Wähler trete.

Lloyd George nahm in einer gestern gehaltenen Rede Bezug auf seine Weigerung, das Staatssekretariat für Indien zu übernehmen. Er wies sich nachdrücklich gegen die Behauptung, daß er sich nicht auf ein einfaches Schiff begeben wolle. Er gab zu, daß in dem Augenblicke zwischen der Regierung und ihm selbst über die Frage der auswärtigen Politik bestehen, aber daß die Hoffnung aus, daß diese Unklarheiten bald beseitigt werden können. Der einzige Grund für seine Weigerung sei seine Ansicht gewesen, daß er keine Partei und

Kammergericht und Reichsgericht.

Zur Zwangspositionierung der Richter.

Wie kürzlich berichtet, hat das Reichsgericht durch Urteil vom 14. März das preussische Gesetz, das die Altersgrenze für Richter im allgemeinen als verbindlich anerkennt. Das Kammergericht und das Reichsgericht in Berlin hatten auf die Frage der Zwangspositionierung der Richter den preussischen Senat in der Sache des Reichsgerichts verurteilt, weil die Altersgrenze die wahlberechtigten Richter der Beamten nach Artikel 129 der Reichsverfassung verletzt und der erste Satzteil des Kammergesetzes gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung verstößt. Es verwarf die Auffassung, daß der Gehaltsanspruch in den Vordergrund gestellt werde, und führte aus:

Es übertrifft eine solche Auffassung auch durch den Umstand, daß die Beamten des Reichsgerichts aus der Zeit, aus der die Beamten der Reichsverfassung stammen, für die das Gesetz vom 15. Dezember 1920 gilt, und mindestens während der nächsten beiden Jahrzehnte von Bedeutung ist und sein wird. Der alte preussische Beamte betrachtet das ihm von dem Reich verliehene Recht auf lebenslängliche Anstellung als sein wichtigstes Recht, und die Besetzung eines preussischen Beamten ist kein bloßes Besondereverhältnis, sondern ein Recht auf Titel und Rang, worin ihm bei dem Gewerbe mindestens von derselben Bedeutung, wie die sich aus der Anstellung ergebenden ökonomischen Beziehungen.

In der Begründung des Reichsgerichts wird die Auffassung widerlegt. Der oberste deutsche Gerichtshof führt aus: Der Artikel 129 der Reichsverfassung hat zum Gegenstand die Regelung des Beamtenrechts, und es muß deshalb zur Frage über die Reichspositionierung der Bestimmungen des Kammergesetzes zurückgekehrt werden. Das Kammergesetz ist ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft, und es ist nicht möglich, es als ein Gesetz zu betrachten, das die Beamten im allgemeinen betrifft. Die Bestimmungen des Kammergesetzes sind nicht als ein Gesetz zu betrachten, das die Beamten im allgemeinen betrifft, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft. Die Bestimmungen des Kammergesetzes sind nicht als ein Gesetz zu betrachten, das die Beamten im allgemeinen betrifft, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft.

Der Gerichtshof geht dann auf die Möglichkeit des Einsatzes ein und kommt zu der Überzeugung, daß die Bestimmungen des Kammergesetzes nicht als ein Gesetz zu betrachten sind, das die Beamten im allgemeinen betrifft, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft. Die Bestimmungen des Kammergesetzes sind nicht als ein Gesetz zu betrachten, das die Beamten im allgemeinen betrifft, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft.

Das Reichsgericht trägt seine Entscheidung, die den Widerspruch der Kammergerichtsentscheidung, schließlich nach Art. 104 der Reichsverfassung, nach welchen die Gesetzgebung der Reichsversammlung ist, bei deren Entscheidung Richter in den Ruhestand treten. Für die Mitglieder des Reichsgerichts ist die Altersgrenze nicht als ein verbindliches Gesetz zu betrachten, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft. Die Bestimmungen des Kammergesetzes sind nicht als ein Gesetz zu betrachten, das die Beamten im allgemeinen betrifft, sondern als ein Gesetz, das die Beamten des Reichsgerichts betrifft.

Dieser Loge hielt die Vereinigung der leitenden Akademiker (Verein) in Berlin ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende war Herr Dr. ...

Die Akademie der Wissenschaften in Berlin hat die Jahresversammlung abgehalten. Der Vorsitzende war Herr Dr. ...

Die Akademie der Wissenschaften in Berlin hat die Jahresversammlung abgehalten. Der Vorsitzende war Herr Dr. ...

Die Akademie der Wissenschaften in Berlin hat die Jahresversammlung abgehalten. Der Vorsitzende war Herr Dr. ...

1. Vorlesung des Oberlandesgerichts, Dr. Otto ...

... erhaltete den Jahresbericht. ...

Zum 18. März.

Die „Republikanische Presse“ hat in einem Artikel auf die Republikation von 1848 ...

Die Not der Mittelfeldpresse.

Eine demokratische Anfrage. Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hat in der Reichstags ...

Politische Tageschau.

Im Reichsjustizministerium ...

Die „Junge Wähne“

... in der Zeit des französischen Spionages ...

Die Akademie der Wissenschaften

... in Berlin ...

Die Akademie der Wissenschaften

... in Berlin ...

Die Akademie der Wissenschaften

... in Berlin ...

Interpellation über Lichterfelde.

Die Unabhängigen und die Deutschnationalen.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat im Reichstag ...

Nach Besprechungen ...

Ob die Einbringung dieser Interpellation im gegenwärtigen Moment ...

Braunschweiger Koalitionsfragen.

„Sepp Deter, der böse Kobold.“

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die parteipolitische Entwicklung in Braunschweig ...

Die parteipolitische Entwicklung in Braunschweig ...

Die parteipolitische Entwicklung in Braunschweig ...

Die parteipolitische Entwicklung in Braunschweig ...

Die parteipolitische Entwicklung in Braunschweig ...

Bayern und Thüringen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Zwischen Bayern und Thüringen ist in der Frage der Angliederung ...

Handel und Verkehr.

Abföfung der Wohnungsbefchlagnahme.

Ein Vortage an die Stadtvorortoren.
 Dem Wohnungsausfuß bereits vor einiger Zeit gestellten Befehl über die Befreiung von der Wohnungsbefchlagnahme wurde durch Verabreichung der Wohnungsbefchlagnahme die Angelegenheit nicht, sondern die Stadtvorortoren zur Zustimmung der Angelegenheit werden. Sogar können Räume von übergebenen Wohnungen, die der Befreiung durch die Wohnungsbefchlagnahme unterliegen, hieraus befreit werden, wenn der Wohnungsinhaber (Verpflichteter) sich der Stadt gegenüber verpflichtet, anderweit gleichgültig Wohnräume zur Verfügung zu stellen oder aus eigenen Mitteln eine neue gleichgültige Wohnung zu erbauen und der Stadt zur Verfügung zu stellen oder dem Stadtvorortoren zu leisten, die zur Befreiung einer Wohnung in der Größe der im Antrag zu nehmenden Wohnfläche notwendig sind. Die Befreiung im Einzelfall trifft die Wohnungsbeurteilung des Verwaltungsbüros.

Ein zweiter Holz in Mitteldeutschland.

Antwort auf eine kleine Anfrage im Reichstage.
 Seit Jahrzehnten macht eine außerordentlich große Nachfrage nach Holz in Mitteldeutschland und die Hauptstadt. Nach einer dem Reichstage zugegangenen Anfrage auf eine kleine Anfrage hat die Reichsregierung im Reichstage auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. W. Müller (Mitteldeutschland) vom 1. März 1921, die Frage beantwortet, ob die Reichsregierung beabsichtigt, die Holzproduktion in Mitteldeutschland zu steigern, und wenn ja, welche Maßnahmen zu diesem Zweck zu ergreifen sind. Die Reichsregierung hat geantwortet, dass sie beabsichtigt, die Holzproduktion in Mitteldeutschland zu steigern, und dass sie zu diesem Zweck verschiedene Maßnahmen ergreifen wird, wie die Förderung der Holzindustrie, die Verbesserung der Holztransportwege und die Erhaltung der Holzbestände.

Die Entführung im Zehelbanten.

(Telegramm unfers Korrespondenten.)
Paris, 18. März.
 Die französische Polizei hat die Entführung eines Mannes, der in der Nähe von Paris entführt wurde, bekannt gemacht. Der Mann wurde am 15. März in der Nähe von Paris entführt, und die Polizei hat die Entführung am 17. März in der Nähe von Paris festgestellt. Die Entführung wurde durch einen Mann, der sich als 'X' bezeichnet, durchgeführt. Die Polizei hat die Entführung am 17. März in der Nähe von Paris festgestellt. Die Entführung wurde durch einen Mann, der sich als 'X' bezeichnet, durchgeführt.

Stimmführung auf der Wärmerepette des Holzgeschäftes.

Stimmführung auf der Wärmerepette des Holzgeschäftes. Die Wärmerepette hat sich in der Vergangenheit in der Holzindustrie als ein wichtiges Instrument erwiesen. Die Wärmerepette hat sich in der Vergangenheit in der Holzindustrie als ein wichtiges Instrument erwiesen. Die Wärmerepette hat sich in der Vergangenheit in der Holzindustrie als ein wichtiges Instrument erwiesen.

Konzerte.

A. Th. Unter den Musikern steht der von Egon Petri komponierte 'Die Wärmerepette' im Mittelpunkt. Die Wärmerepette hat sich in der Vergangenheit in der Holzindustrie als ein wichtiges Instrument erwiesen. Die Wärmerepette hat sich in der Vergangenheit in der Holzindustrie als ein wichtiges Instrument erwiesen.

Die geltenden Preise in der Bekleidungsindustrie.

Die geltenden Preise in der Bekleidungsindustrie. Die Bekleidungsindustrie hat in den letzten Jahren erhebliche Preissteigerungen erlebt. Die Preise für Bekleidungsstoffe sind stark gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Bekleidungsstücke geführt hat. Die Bekleidungsindustrie hat in den letzten Jahren erhebliche Preissteigerungen erlebt. Die Preise für Bekleidungsstoffe sind stark gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Bekleidungsstücke geführt hat.

Die Akt.-Gen. Weser in Bremen.

Die Akt.-Gen. Weser in Bremen. Die Akt.-Gen. Weser in Bremen hat sich in der Vergangenheit als ein wichtiges Unternehmen erwiesen. Die Akt.-Gen. Weser in Bremen hat sich in der Vergangenheit als ein wichtiges Unternehmen erwiesen. Die Akt.-Gen. Weser in Bremen hat sich in der Vergangenheit als ein wichtiges Unternehmen erwiesen.

St. Stock & Co., Spinnbohrer, Werkzeug- und Maschinenfabrik.

St. Stock & Co., Spinnbohrer, Werkzeug- und Maschinenfabrik. St. Stock & Co. ist ein führendes Unternehmen in der Spinnbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrikation. Das Unternehmen hat sich in der Vergangenheit als ein führendes Unternehmen erwiesen. St. Stock & Co. ist ein führendes Unternehmen in der Spinnbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrikation.

Glockenstahlfabrik Akt.-Ges. vorm. Richard Lindenberg zu Remscheid.

Glockenstahlfabrik Akt.-Ges. vorm. Richard Lindenberg zu Remscheid. Die Glockenstahlfabrik Akt.-Ges. vorm. Richard Lindenberg zu Remscheid ist ein führendes Unternehmen in der Glockenstahlfabrikation. Die Glockenstahlfabrik Akt.-Ges. vorm. Richard Lindenberg zu Remscheid ist ein führendes Unternehmen in der Glockenstahlfabrikation.

abdecken, Beteiligungen an anderen Unternehmen zu gestatten.

abdecken, Beteiligungen an anderen Unternehmen zu gestatten. Die Abdeckung von Beteiligungen an anderen Unternehmen ist ein wichtiges Element der Unternehmensfinanzierung. Die Abdeckung von Beteiligungen an anderen Unternehmen ist ein wichtiges Element der Unternehmensfinanzierung.

Bremer Kolonial-Handelsgesellschaft vorm. F. Dittl & Co. Akt.-Ges.

Bremer Kolonial-Handelsgesellschaft vorm. F. Dittl & Co. Akt.-Ges. Die Bremer Kolonial-Handelsgesellschaft vorm. F. Dittl & Co. Akt.-Ges. ist ein führendes Unternehmen in der Kolonialwarenhandel. Die Bremer Kolonial-Handelsgesellschaft vorm. F. Dittl & Co. Akt.-Ges. ist ein führendes Unternehmen in der Kolonialwarenhandel.

Chemische Fabrik Helfenberg Akt.-Ges.

Chemische Fabrik Helfenberg Akt.-Ges. Die Chemische Fabrik Helfenberg Akt.-Ges. ist ein führendes Unternehmen in der chemischen Industrie. Die Chemische Fabrik Helfenberg Akt.-Ges. ist ein führendes Unternehmen in der chemischen Industrie.

Zubussen in der Kalifornienstr. Die Kaligewerkschaft Maria-Gluck.

Zubussen in der Kalifornienstr. Die Kaligewerkschaft Maria-Gluck. Die Kaligewerkschaft Maria-Gluck ist ein führendes Unternehmen in der Kaligewerkschaft. Die Kaligewerkschaft Maria-Gluck ist ein führendes Unternehmen in der Kaligewerkschaft.

Alpine Montan-Gesellschaft. Dem österreichischen 'Volks- und Arbeiterpartei' zufolge.

Alpine Montan-Gesellschaft. Dem österreichischen 'Volks- und Arbeiterpartei' zufolge. Die Alpine Montan-Gesellschaft ist ein führendes Unternehmen in der Montanindustrie. Dem österreichischen 'Volks- und Arbeiterpartei' zufolge.

Warenmarkt.

Warenmarkt. Der Warenmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt. Die Preise für verschiedene Waren sind gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Verbraucher geführt hat. Der Warenmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt.

Verfälschte Werte voraufgegangen F.-D. Quartett des Beilbohn

Verfälschte Werte voraufgegangen F.-D. Quartett des Beilbohn. Das F.-D. Quartett des Beilbohn ist ein führendes Unternehmen in der Musikindustrie. Das F.-D. Quartett des Beilbohn ist ein führendes Unternehmen in der Musikindustrie.

I. S. Unter geschickter Leitung von I. S. Fischer

I. S. Unter geschickter Leitung von I. S. Fischer. I. S. Fischer ist ein führendes Unternehmen in der Musikindustrie. I. S. Fischer ist ein führendes Unternehmen in der Musikindustrie.

Zur Lage am Holzmarkt.

Zur Lage am Holzmarkt. Der Holzmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt. Die Preise für Holz sind gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Verbraucher geführt hat. Der Holzmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt.

Yom internationalen Wildkatzenmarkt.

Yom internationalen Wildkatzenmarkt. Der internationale Wildkatzenmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt. Die Preise für Wildkatzen sind gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Verbraucher geführt hat. Der internationale Wildkatzenmarkt hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt.

Die letzte Nummer des Monats.

Die letzte Nummer des Monats. Die letzte Nummer des Monats ist ein wichtiges Element der Monatsrechnung. Die letzte Nummer des Monats ist ein wichtiges Element der Monatsrechnung.

New-York, 17. März. (Privat-Panorama.)

New-York, 17. März. (Privat-Panorama.) New-York hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt. Die Preise für verschiedene Waren sind gestiegen, was zu einer Erhöhung der Endpreise für Verbraucher geführt hat. New-York hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erlebt.

Verantwortliche Redaktionen für diese Nummer: Leipzig: Buchverlag, Berlin: Verlag, Hamburg: Verlag, Köln: Verlag, Frankfurt: Verlag, Stuttgart: Verlag, München: Verlag, Düsseldorf: Verlag, Essen: Verlag, Dortmund: Verlag, Bielefeld: Verlag, Braunschweig: Verlag, Chemnitz: Verlag, Chemnitz: Verlag, Chemnitz: Verlag.

